



Fraktion im Auricher Stadtrat

Gila Altmann – Frank Kubusch - Reinhold Mohr – Gunnar Ott – Peter Specken

Aurich, 12.02.25

Einführung einer Regenwasser-/ Niederschlagsgebühr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

zum wiederholten Male bitten, wir folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsitzung am 27.02.2025 zu setzen:

Maßnahmen zur Einführung einer Regenwasser- /Niederschlagsgebühr/ einzuleiten und entsprechende Haushaltsmittel dafür in den Haushalt 2026 und 27 einzustellen.

Die Grundlage dafür bildet die Begründung aus dem Jahre 2017 (Vorlage 17/169) verbunden mit den aktualisierten Berechnungen, die uns aktuell in der Finanzausschusssitzung am 05.02.25 zur Verfügung gestellt wurden. Wir gehen davon aus, dass für 2026 und 2027 jeweils 200.000 Euro zu veranschlagen sind.

Begründung:

Die NkommVG, § 111 Abs. 5, schreibt vor, dass insbesondere bei einer angespannten Haushaltslage zuerst die Gebühren so zu gestalten sind, dass sie eine maximale Kostendeckung erreichen.

Die Stadt Aurich verstößt seit Jahren gegen diesen Grundsatz und bestimmte Kreise im Stadtrat wollen dies immer noch nicht zur Kenntnis nehmen. Sie führen stattdessen weiterhin irreführende Argumente an, die sich als reine Klientelpolitik entpuppen. Die Schätzungen aus umliegenden Kommunen, die uns von unserer Verwaltung jetzt auf unsere Bitte hin vorgelegt wurden, beweisen das Gegenteil. Sie zeigen eindeutig, dass sich die Belastungen für private Haushalte im zwei- bis niedrigen dreistelligen Bereich pro Jahr halten, die keine aufwendigen Baumaßnahmen notwendig machen, wie oft wider besseren Wissens suggeriert wird.

Es ist im Gegenteil eine Frage der gerechten Lastenverteilung in einem Gemeinwesen, dass alle ihre Mitglieder im Rahmen der Inanspruchnahme von Dienstleistungen der öffentlichen Hand zu ihrer Finanzierung beitragen. Im Fall der Regenwasser-/Niederschlagsgebühr dient die Einführung der allgemeinen Sicherheit, denn bei den zunehmenden Starkregenereignissen ist eine Ertüchtigung des Kanalsystems unumgänglich und kann nicht mehr wie bisher aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Steuermittel, die zum Beispiel beim ÖPNV, bei der Sanierung von Schulen und Straßensanierung fehlen.

Die Verwaltung braucht endlich, wie bereits 2017/18 von ihr dargelegt und von Teilen der Politik gefordert, eine transparente und kalkulierbare Budgetierung für die steigenden Unterhaltungsmaßnahmen, um ihren Pflichten angemessen nachkommen zu können. (s. Auszug aus Protokoll vom 30.08.2018 Haushalts- und Finanzausschuss).

Mit freundlichen Grüßen

Gila Altmann

Fraktionsvorsitzende